

Inhalt/Contenu

Editorial deutsch

Editorial französisch

PSR/IPPNW Schweiz intern

„Berichte über die Veranstaltungen vom 26. April“

Voyage au Bélarus, 30 juin au 7 juillet 2004

Der weite Weg zum grossen Frieden

La paix est possible (Commentaire de M. Calmy-Rey)

Friede ist möglich (Kommentar von M. Calmy-Rey)

Internationale Konferenz „Stop the Wall“

„Man bleibt immer verdächtig“

Une approche réaliste

Europa als Friedensinstrument?

Kongress „Atomenergie und Atomwaffen in einer instabilen Welt“ vom 7.-9. Mai 2004
Presseinformation

Vortrag von H.E. Richter „Pazifismus- Utopie oder Ausweg?“

Nukleare Sandkastenspiele in Sellafield

1 Million Unterschriften für den Atomausstieg in Europa

In Kürze/en bref

Proklamation der Sonnenlandsgemeinde

„Mit den Mitteln der Kunst“

Editorial

Liebe Mitglieder

Ein Kommentar von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey mit dem schönen und hoffnungsvollen Titel „Frieden ist möglich“ leitet unser „Thema“ in dieser Ausgabe der PSR News ein. Der Nahostkonflikt, der in einer Art und Weise eskaliert, dass ohne Hilfe von aussen wohl auf lange Zeit keine Lösung in Sicht ist. Diese neutrale „Seehilfe“, dieser Blick von unvoreingenommenen BetrachterInnen, welche die Problematik nicht vorwiegend aus der Perspektive der Betroffenen sehen, scheint unerlässlich, um einen gemeinsamen Weg, welcher in eine friedliche Zukunft führt, zu finden. Hinter den Kulissen sind unzählige Menschen damit beschäftigt, das Gespräch zu suchen, die Diskussion in Gang zu halten, Kontakte zu vermitteln, eine Vertrauensbasis zu schaffen. Von PSR/IPPNW Schweiz sind besonders unsere Vorstandsmitglieder Arthur Muhl, Heike Tomalak und Andreas Nidecker unermüdlich und hartnäckig am „Netzwerken“. Im Juli trafen sie sich mit IPPNW-Mitgliedern aus Frankreich, England und Deutschland zu einem „Meeting of Middle East Commission“ in Basel. Das Protokoll sieht starke, weiterführende Initiativen unter Einbezug hochrangiger Politiker vor und nimmt speziell zur Rolle der EU Stellung, welche als Partei stärker in die Initiative eingebunden werden muss. Wir werden Sie über diese wichtigen Schritte in einer der nächsten PSR News ausführlich informieren.

Gute Nachrichten brachten Michel und Solange Fernex aus Weissrussland mit. Mit unermüdlichem Einsatz von vielen Menschen und Organisationen ist es endlich gelungen, Prof. Bandazhewsky aus dem Gulag zu hohlen, er kann nun unter erleichterten Haftbedingungen seine (mehr als fragwürdige) Strafe absitzen (siehe Bericht, Seite 7).

Unsere beliebte Reihe „mit den Mitteln der Kunst“ stellt in dieser Ausgabe den Maler und Poeten Pippo Cafarella vor. Pippo ist der Besitzer jenes Hauses, in welchen im Film „il Postino“ Ph. Noiret den chilenischen Dichter Pablo Neruda im Exil darstellte. Sizilien wie aus dem Bilderbuch, im Guten wie im Schlechten.....

Mit herzlichen Grüßen

Claudia Bürgler

Editorial

Chers membres,

Un commentaire de la Conseillère Fédérale Micheline Calmy-Rey avec un titre élégant et chargé d'espoir „la paix est possible“ est l'objet de notre rubrique „propos“ dans ce numéro de PSR News. Le conflit du Proche-Orient escalade de telle façon que, sans aide extérieure, aucune solution à long terme n'est envisageable. Un coup d'œil neutre d'observatrices et d'observateurs naïfs, qui ne voient pas l'ensemble des problèmes avant tout sous l'angle des personnes concernées, semble chercher impérativement un chemin commun qui conduit à un avenir de paix. Derrière les coulisses de nombreuses personnes sont occupées à rechercher le dialogue, à provoquer des discussions, à établir des contacts et à maintenir des relations basées sur la confiance. Parmi les membres du comité de PSR/IPPNW Suisse, Arthur Muhl, Heike Tomalak et Andreas Nidecker ont établi des réseaux infatigablement et avec persévérance. En juillet, quelques membres IPPNW de France, d'Angleterre et d'Allemagne se sont rencontrés à Bâle pour une réunion de la Commission du Moyen-Orient. Le protocole de la rencontre fait le point de la situation sur des initiatives qui intéressent des politiciennes et des politiciens de haut rang et prend position sur le rôle de l'EU qui devrait être plus engagée dans l'effort à réaliser. Nous vous informerons sur ces étapes importantes dans les prochains numéros de PSR News.

De bonnes nouvelles en provenance de Biélorussie nous ont été apportées par Michel et Solange Fernex. Grâce à l'effort tenace de nombreuses personnes et de plusieurs organisations, il a été possible de faire sortir le professeur Bandazevsky du goulag; il peut maintenant subir sa peine équivoque dans des conditions de détention plus favorables (voir page 7).

Notre colonne favorite „avec les moyens de l'art“ présente le peintre et poète Pippo Cafarella. Pippo est le propriétaire de la maison dans laquelle Ph. Noiret interprète dans le film „il Postino“ le poète chilien en exil Pablo Neruda. La Sicile est présentée comme dans les albums de photo avec ses bons et ses mauvais côtés...

Meilleures salutations

Claudia Bürgler

PSR/IPPNW Schweiz intern

von Claudia Bürgler

18 Jahre nach der Tschernobylkatastrophe, deren Folgen noch immer furchtbare Auswirkungen auf die betroffene Bevölkerung haben, organisierte PSR/IPPNW Schweiz diverse Anlässe gegen das „Vergessen“.

Am Sonntag, 25. April begann der Gedenktag mit einer Sonntagsmatinee im Basler „kultkino atelier“, wo die eindrücklichen Dokumentarfilme „nukleare Kontroverse“ und „le sacrifice“ von Vladimir Tschertkoff und Emanuella Andreoli, welche anwesend waren, gezeigt wurden. Es war der erste wirklich schöne Frühsommertag, der wohl der Grund für den nicht sehr guten Besuch war.

Ein grosser Erfolg wurde die von unserem Vorstandsmitglied Claudio Knüsli gemeinsam mit Greenpeace Basel organisierte Mahnwache. Die Aktion fand auch ein überaus grosses und positives Echo in der Presse, ein grosser Artikel in der Baslerzeitung und auch Telebasel sendete am gleichen Tag einen Beitrag. Der nachfolgend in Auszügen abgedruckte Baz-Artikel gibt einen Eindruck von diesem Anlass, der gute Gespräche mit den PassantInnen sowie viele Unterschriften für die Petition „WHO/IEAO Vertrag“ und die Initiative „Eine Million Europäer für den Ausstieg aus der Atomenergie“ brachten.

Am Sonntagabend, dem 25. April, stand zudem das Hauskonzert mit „Stella Maris Basilea“ auf dem Programm. Eingeladen hatten die Familien Albrecht, Iselin, Blattmann – welchen wir an dieser Stelle nochmals ganz herzlich danken – sowie die PSR/IPPNW Schweiz und der Verein „Kinder von Tschernobyl, Weissrussland“. Die schönen Räumlichkeiten waren bis auf den letzten Platz besetzt und die BesucherInnen liessen sich von dem Vokalensemble mit seinen Liedern „rund um die menschliche Liebe“ völlig verzaubern. Im Anschluss an das Konzert gab es einen Apéro und die Möglichkeit, die anwesenden Künstlerinnen im zwanglosen Gespräch kennenzulernen. Der Erlös ging vollumfänglich zu Gunsten des Vereins „Kinder von Tschernobyl, Weissrussland“, der tatkräftige Hilfe für die Opfer der Katastrophe leistet.

Baslerzeitung 26.4. „Ausschnitt“

.... „Rauchzeichen für Tschernobyl““Während Atomgegner in Fessenheim derzeit versuchen, mit Protesten und politischem Druck eine mögliche Umweltkatastrophe zu verhindern, kommt für Tschernobyl jede Hilfe zu spät. Noch 18 Jahre nach der Atomkatastrophe sind Umwelt, Mensch und Tier in Weissrussland verseucht - und die Katastrophe geht unvermindert weiter, wie medizinische Statistiken über Krebserkrankungen und Genschäden belegen. Nichtsdestotrotz wurden mittlerweile viele verseuchte Gebiete von der Regierung als «sauber» eingestuft und damit der Bevölkerung jede Hilfe entzogen. Dies, obwohl das Grundwasser in diesen Regionen nach wie vor verstrahlt und der Boden vergiftet ist und acht von zehn Kindern medizinische Hilfe benötigen. An sie erinnert die Mahnwache an der Schiffflände, die von den Ärztinnen und Ärzten für soziale Verantwortung und gegen den Atomkrieg (PSR/IPPNW) gemeinsam mit Greenpeace durchgeführt wird. Mit Fackeln und brennenden Finnenkerzen setzten sie während 24 Stunden ein Zeichen gegen das Vergessen.

Fessenheim: Näher als man denkt. Trotz Fessenheim-Demo und Zollfreistrasse hätten sich rund 45 freiwillige Helfer und Helferinnen für die Mahnwache angemeldet, freut sich Organisator Stephan Lingenhel, welcher die Aktion gemeinsam mit Claudio Knüsli und Daniel Wurster vor einem Jahr initiiert hat. Zu den Mahnwächtern gehört auch der Schreinerlehrling Roman Gysin. «Ich steh einfach voll nicht auf Atomenergie», begründet er seinen Einsatz. Tschernobyl könne jederzeit auch hier passieren, ist er überzeugt und drückt einem Passanten ein Informationsblatt in die Hände. In der Tat: Der Wegweiser an der Schiffflände, den die Mahnwächter und -wächterinnen aufgestellt haben, zeigt: Fessenheim und Gösgen sind nur einen Katzensprung von Basel entfernt. Am Fuss des Wegweisers haben die Organisatoren eine Harasse mit Kartoffeln deponiert. Darüber ein Schild mit der Aufschrift «Radioaktiv». Vorsichtshalber machen viele Passanten einen Bogen um dieses Gemüse.

Eigentlich wollte Roman Gysin nur beim Aufbauen des Tschernobyl-Standes mithelfen, doch mittlerweile steht der Stand, das Mahnfeuer brennt ebenfalls und Gysin ist immer noch da und sammelt Geld für Tschernobyl-Opfer und Unterschriften gegen ein WHO-Abkommen. Derweil drehen seine Kolleginnen und Kollegen schweigend ihre Runden um das Feuer.“ ...

„Tschernobyl heute“ Culturescapes Festival 2004 Ukraine

Im Oktober/November 2004 findet das „Culturescapes Festival Ukraine“ in Basel mit den Schwerpunkten - Musik von Valentin Silvestrov, - Literatur aus Czernowitz, - Symposium „Tschernobyl heute“- statt. Eine Postkarte des Festivals ist dieser Ausgabe beigelegt. Das Symposium „Tschernobyl heute“ mit den Referenten Prof. Michel Fernex und Prof. Vassili Nesterenko wird von PSR/IPPNW Schweiz auch mit einem Geldbetrag unterstützt. Das Rahmenprogramm beinhaltet Lesungen, Podiumsgespräche, Ausstellungen und Dokumentarfilme rund um Tschernobyl.

Die Folgen der Radioaktivität für Mensch und Umwelt

Man kann über die Ukraine nicht sprechen, ohne auf die Katastrophe von Tschernobyl einzugehen. Was am 26. April 1986 passierte, übersteigt unser Vorstellungsvermögen: Die unvorstellbare Tragödie besteht nicht nur darin, dass bis jetzt etwa eine halbe Millionen Menschen an den Folgen der Reaktorkatastrophe starben und das Grundwasser und die ganze Natur in einem grossen Umkreis kontaminiert wurden. Es ist der Zeitfaktor, der uns durch den GAU in andere, ganz neue Dimensionen führt: Die Folgen dieses «Unfalls» werden die Erde noch Zehntausende von Jahren belasten.

Im Symposium richten wir unser Augenmerk auf die Folgen der Radioaktivität im Menschen und in der Natur. Forschende und Beobachtende aus Ost und West werden über den heutigen Stand der Dinge in der Zone berichten und brisante Informationen liefern, die zurückgehalten oder vertuscht werden.

Symposium: Die Folgen der Radioaktivität für Mensch und Umwelt
Samstag, 13. November, BAZ City Forum 11.00- 17.00 Uhr

- Prof. Dr. Michel Fernex (Basel) Medizinische Forschung zur Radioaktivität
- Prof. Dr. Vassili Nesterenko (Minsk) Wandlung im Leben eines Atomphysikers
- Oleg Veklenko (Kharkov) 4th Block - The zone of ecological art
- Mitarbeiter des DEZA (Bern) Die Tätigkeit der Schweiz in und um Tschernobyl
- Svetlana Alexievich (Frankreich) Tschernobyl ist nicht vergessen
- Moderation: Susan Boos (St. Gallen)

Voyage au Bélarus, 30 juin au 7 juillet 2004

Premières notes (dès le lendemain de notre retour) sur notre voyage en Bélarus du 30 juin au 7 juillet 2004

de Solange et Michel Fernex

Après 3 ans et demi de prison, et les hésitations des autorités à l'y maintenir. Youri Bandajevsky est en relégation depuis le 29 mai, comme la loi l'y autorisait depuis janvier 2004. Il devra y rester jusqu'à fin décembre 2004, où il aura droit à la liberté conditionnelle. Il ne peut pas quitter le territoire administré par la colonie, situé à plus de 200 kms de Minsk, mais il peut recevoir les visites de l'étranger, parler à des journalistes.

1) Arrivés à Minsk, reçus par le Professeur Vassili Nesterenko à l'aéroport, nous nous rendons chez le représentant de la Suisse, M. Mathias Weingart, qui part le lendemain pour Berne (DDC). Au nom de PSR/IPPNW Suisse, nous y abordons les problèmes du Prof. Bandajevsky, que le département des affaires étrangères ne semble pas encore considérer comme un prisonnier politique. Le DDC attend des documents complémentaires. Nous parlons du soutien que le DDC apporte à Nesterenko, dans le cadre du projet CORE. Il s'agit de mesures de la charge en Cs137 chez des enfants pendant trois ans. Je remets à M. Weingart mon résumé sur la nécessité de distribuer de la pectine aux enfants contaminés. En effet l'éthique médicale interdit de poser un diagnostic chez des enfants, sans mettre en oeuvre un traitement quand celui-ci existe: en cas de charge importante en Cs137, la pectine est indiquée. M. Weingart sait que toute l'aide venant du DDC pour le Bélarus est soumise à son expertise.

2) La visite avec Vassili Nesterenko chez l'ambassadeur de France est chaleureuse. Nous montrons le dossier préparé par le Comité Bandajevsky, dont l'ambassadeur connaît la plupart des documents et les a même copiés pour Youri. L'ambassadeur nous parle de son soutien permanent et déterminé, à chacun de ses contacts avec les autorités du pays, à la réintégration totale, civile et scientifique, du Professeur Bandajevsky qu'il a été voir au bord du Niémen, avec des collègues de l'Union Européenne, pour démontrer concrètement ce soutien aux autorités judiciaire, dès l'annonce de sa relégation.

L'Ambassadeur me demande ce que je reproche au projet CORE. Je rappelle l'origine du projet (EDF, CEA, AREVA). ETHOS devait effacer les problèmes de Tchernobyl, mais le bilan sanitaire présenté à Stoline en 2001 est déplorable. CORE refuse de prendre en considération l'échec d'ETHOS et ses causes. Je parle longuement de la pectine de pomme et remets à nouveau mes remarques écrites à ce sujet. Médecins sans Frontières va réaliser un petit projet dans le cadre de CORE chez des femmes enceintes. Il y a été question de pectine, mais cela impliquerait d'observer un protocole. Pour connaître l'effet protecteur de la pectine chez des femmes enceintes, il faut mesurer, avant la cure, la charge radioactive de la mère, celle du placenta et celle de l'enfant à la naissance.

3) Visite du chantier du nouveau BELRAD. Huit ouvriers y travaillent, nous rencontrons le chef de chantier. Les murs du rez-de-chaussée très bien isolés (57 cm d'épaisseur) montent rapidement. Cinq jours plus tard, les linteaux des fenêtres de cet étage sont posés. L'ensemble des locaux abritant la préparation de la pectine de pomme est terminé pour le gros oeuvre. Il semble réaliste d'affirmer que tout le bâtiment sera sous toit, avec portes et fenêtres, début octobre 2004.

4) Nous rencontrons à BELRAD les responsables des projets «villages disparus», dont Alexéi Nesterenko, M. Babenko et d'autres. Nesterenko donne à Michel la licence officielle donnée par le Ministère de la Santé Ukrainien à la pectine, avec le schéma réglementaire de cures pour les enfants contaminés. Ce document officiel est très important pour la suite des démarches au Bélarus et ici (TACIS etc.).

Malheureusement nous apprenons 24 heures plus tard, que dans la nuit qui a suivi, Alexéi, encore bien la veille, a fait un iléus et doit être opéré d'urgence. Après une amélioration de quelques jours, une nouvelle intervention s'est avérée nécessaire le 7 juillet, jour de notre départ. A la mi-août, sa situation ne s'est pas encore améliorée et il doit subir une quatrième opération.

5) Visite à Youri Bandajevsky en relégation dans le village de Peskovtsy au bord du Niémen. Galina Bandajevskaya vient avec nous de Minsk. À notre arrivée, Youri qui a bonne mine et a retrouvé son aspect physique de 1998 (notre visite à Gomel), fait les cent pas devant sa jolie petite maison en bois. Après les retrouvailles, Galina va immédiatement voir le Directeur du kolkhoze, Victor Genrikhovitch, pour lever tout danger éventuel de déplacement de Youri dans un autre centre de détention du Bélarus, suite à la visite non autorisée de deux journalistes d'un journal de province, il y a dix jours. Ce déplacement serait d'autant plus catastrophique, que Youri vient de rendre habitable et jolie la maison de bois désaffectée, mise à sa disposition. C'est là qu'il reçoit tous les siens le lendemain. Il a restauré et repeint en blanc trois pièces. Un chauffage au bois fonctionne. Il a construit de nouvelles cloisons. Nesterenko a fourni les meubles, la vaisselle, le frigidaire, la cuisinière au gaz et autres équipements avec l'aide des donateurs des «Enfants de Tchernobyl Bélarus».

Le puits d'eau potable n'est qu'à 120 mètres de là. Les toilettes publiques sont un peu plus loin. Il y a un jardin avec un cerisier couvert de fruits magnifiques. Youri nous a préparé un excellent «borchtch». Nous lui disons : «Si Galina parle aussi longtemps avec le Directeur, c'est que la discussion évolue dans le bon sens». Au bout de deux heures, Galina apparaît, avec le sourire. Youri respire. L'entretien de Galina a été tellement positif, que la Présidente du District (homologue de nos Sous-préfètes) Valentina Tadeuchevna, nous invite à un dîner de fête trois jours plus tard, avec toute la famille de Youri: son épouse, ses deux filles, sa petite fille son beau-frère Sacha Slesar et son épouse Nina, ainsi que Vladimir Nesterenko, notre guide et chauffeur.

Il n'est pas encore temps de parler de l'avenir plus lointain et très incertain de Youri, quand il pourra vivre ailleurs dans le pays. Dans le contexte juridique actuel, Youri ne peut envisager ni une activité dans une structure d'état, ni une activité à l'étranger. Cependant une correspondance et coopération avec des instituts à l'étranger ne seraient pas à exclure.

Vivre avec des projets concrets et réalisables, comme l'étude réalisée avec succès à Gomel alors qu'il attendait d'être jugé, est nécessaire à Youri. Sans de tels projets, on quitte la réalité et ce n'est pas sain. Youri ne parle pas d'aller à l'étranger, car il sait que ce n'est légalement pas possible. Par ailleurs, il ne souhaite pas quitter durablement son pays. Sans travail concret, sans projet, Youri aurait des raisons de désespérer, nous devons aller à sa rencontre malgré toutes les difficultés que cela représente. Nous n'avons malheureusement pas le temps de discuter ensemble de projets concrets en détail, car tout protocole nécessite beaucoup de réflexions et une rédaction soignée, Youri va essayer de mettre des idées sur le papier et de nous les envoyer.

Les discussions sur l'avenir lointain inquiètent Youri à juste titre, car personne ne peut donner de réponse aux questions qui se posent actuellement. Il y a eu et il y aura des moments difficiles, des «conflits» qu'il faut et faudra apaiser. Youri, qui a un très fort caractère, réussira à le faire avec l'aide de son épouse. Pour le moment Galina travaille à Belrad dans son domaine: la pédiatrie et la cardiologie clinique. Elle étudie chez l'enfant l'effet protecteur de la pectine et des vitamines, dans le cadre des projets de BELRAD dans les villages hautement contaminés «oubliés». Elle peut maintenant rendre régulièrement visite à son mari et lui parler chaque jour au téléphone.

6) La vie dans le centre de relégation. L'arrivée de la famille de Youri qui trouvera la place nécessaire pour dormir dans la maison reconstruite à cet effet, a été retardée de deux jours par une petite grippe de la fille d'Olga. Ce n'était pas plus mal que les deux époux puissent tout au début se retrouver en couple.

Nous avons été logés par la Présidente du district Valentina Tadeuchevna avec Vladimir Nesterenko, notre chauffeur et guide, dans la «Maison du Parti» du village, dominant la falaise sur le fleuve Niémen, une maison encore décorée à la gloire de Lénine, Marx, Engels et de la dynastie des Tsar Romanov depuis Pierre le Grand jusqu'à Nicolas II (poster datant de 1991). Sur la porte, un marteau et une faucille sculptés en bois. Dans le jardin, des dolmens qui marquent les tombes des partisans morts lors de l'occupation.

À 9 heures, chaque matin, petit déjeuner chez les Bandajevsky avec un plat chaud préparé pour tous par Galina. Puis discussions d'abord collectives. Nous regardons aussi momentanément la télévision qui, pendant 3 jours, étalera sans cesse la gloire du pays, à l'occasion du 60e anniversaire de la libération: défilés, sociétés sportives, chars blindés, majorettes, avions volant à basse altitude, feux d'artifices et surtout ovations et discours. Ni Poutine ni Kouchma n'ont jugé bon de se déplacer. Le tout rappelle, Mirages de la patrouille de France et Arc de Triomphe en moins, le défilé du 14 juillet à Paris.

Discussions en tête à tête avec Youri jusqu'au repas de 14 heures, plats locaux délicieux, que Galina prépare dans la petite cuisine. La langue retenue est le français qui nécessite parfois de consulter le dictionnaire. Youri se fatigue encore vite. Chaque jour, vers 16.30 heures, nous laissons la famille se retrouver, et marchons le long du fleuve. Le soir, Vladimir retourne au village où il partage le repas préparé par Galina, mais nous préférons pique-niquer dans le paysage magnifique du Niémen.

Le dernier jour, arrivée de Sacha, frère de Galina et expert en informatique apprécié par Youri, et sa femme Nina, avec la fille aînée Olga et son bébé Katia. La cadette de Youri et Galina, Natacha voulait repartir avec nous le lendemain avec nous, mais elle décidera, après une soirée avec ses parents, de rester une semaine avec sa famille.

La Présidente Valentina Tadeuchevna nous invite tous dans le jardin de la Maison du Parti que nous occupons, à un repas, un dîner de fête. C'est elle qui apporte et accommode (soupe de poisson et poisson grillé) deux magnifiques brèmes pêchées dans le Niémen. Avec Vladimir, nous avons mis la table avec des bancs sous le vaste auvent car l'orage menace. Il y aura exceptionnellement et pour la première et seule fois à table, une bouteille de champagne d'Ukraine et une petite (0,5 litres) bouteille de vodka (achetée par Michel le matin au magasin du centre et qui restera aux deux tiers pleine) pour accompagner le repas, et permettre, par des toasts à la russe, d'exprimer

notre reconnaissance aux uns et aux autres. Grosse vaisselle pour Olga et Solange. Ce soir là, pas de repas au village pour Vladimir Nesterenko, car il reste sur place poisson, légumes, pommes de terre pain et fromage. Pour nous, pique-nique comme d'habitude...

Le lendemain matin, nous rangeons la maison, prenons congé des autorités, visite à Valentina Tadeuchevna dans son bureau, visite dans son bureau à Viktor Genrikhovitch, directeur du kolkhoze (4500 hectares de prés et céréales, 200 ouvriers, 1500 animaux), adieux émus à la famille Bandajevsky.

Résumé :

Il nous apparaît que Youri est actuellement installé dans le plus bel environnement naturel possible, non contaminé, dans une jolie maison traditionnelle en bois qu'il a retapée et dans laquelle il reçoit sa famille. A notre avis, les autorités administratives (Valentina Tadeuchevna) et kolkhoziennes sont humainement aussi bienveillantes, sympathiques, généreuses et ouvertes que possible, dans une situation administrative et judiciaire donnée, qui ne dépend pas d'elles.

En face de la maison de Youri, il y a un magasin exceptionnellement bien achalandé pour un aussi petit village, sans doute à cause de la présence d'un important kolkhoze et d'une école assez grande (actuellement en vacances): saucisse locale, lait et produits laitiers, (kéfir en litres, yogourts etc.), toute l'épicerie usuelle (riz, pâtes, lentilles, huile, concombres et cornichons, café, thé, etc.), conserves, boissons, vaisselle, papeterie, etc. etc. Le seul problème ce sont les prix de ce qui n'est pas produit sur place, élevés pour les salaires locaux. Nous faisons la connaissance de la directrice du magasin, Macha, une jeune femme très aimable et souriante et à l'air très capable, avec laquelle nous levons un verre de champagne bélarusse, offert par la Présidente de District, Valentina Tadeuchevna dans l'arrière boutique du magasin. Youri plaisante avec Macha à la russe, lui disant qu'après le départ de Galina pour Minsk et de Valentina qui part en vacances en Crimée, elle restera la seule femme au village....

Pendant tout notre séjour, Youri et Galina ne cessent de nous rappeler de remercier tous les amis, qui écrivent, envoient de l'argent, proposent des citoyennetés d'honneur, des prix, des distinctions universitaires, pour le magnifique dossier du Comité Bandajevsky, le «notebook» de la Criirad, les soutiens reçus (600 dollars mensuels) de notre association depuis 2001, etc. etc. Tous ces encouragements permettent à Youri et Galina de sentir une grande et amicale solidarité. Youri est aussi très content des abonnements à des revues scientifiques; «Nature» et autres.

Youri se fatigue encore très vite pendant nos discussions, bien qu'il parle bien le français. Il a rédigé un vocabulaire français courant dans un cahier d'écolier, en prévision de notre visite. Par ailleurs, nous essayons de nous rendre aussi discrets que possible, notre visite coïncidant avec ses tout premiers contacts en «semi-liberté» avec son épouse, ses deux filles et sa petite fille qu'il ne connaissait pas. Notre discrétion volontaire est rendue possible par le fait que nous habitons en dehors du village et que nous décidons de pique-niquer chaque soir avec nos propres provisions: pain, beurre, fromage, lait.

Derniers jours à Minsk: Promenade dans la forêt, de la maison des Nesterenko au grand lac voisin le matin tôt. Dernière visite et photos au chantier qui progresse. Rencontre à son Institut de Rose Goncharova pour discuter de ses travaux dans le domaine de la génétique chez les campagnols sauvages de Tchernobyl et les articles à publier.

Le lendemain, Solange signe les contrats entre les Enfants de Tchernobyl Bélarus et Belrad. Vassili a pendant trois jours la réunion «SAGE», projet au sein duquel il est chargé d'écrire le chapitre «Radioprotection». Malheureusement Alexéi qui devait y représenter Belrad est à l'hôpital. Repas avec Ilsa, brièvement avec Vassili, nous sommes tous très inquiets. C'est dans cette atmosphère de graves soucis, à l'heure où Alexis est sur la table d'opération pour la seconde fois, que Vladimir Nesterenko nous accompagne à l'aéroport où nous prenons l'avion pour Vienne. Depuis il paraît que la fièvre est tombée et que la deuxième opération a réussi! Alexéi est encore en réanimation.

(Fait le 9 juillet 2004 à 12 heures, S. und M. Fernex)

Der weite Weg zum grossen Frieden

von Claudia Bürgler

Wer im Bau von Mauern seine Zukunft sieht, dem fehlt die Hoffnung. Eine derartige Massnahme, die zudem den Palästinensern ihren Alltag weiter erschwert, sie zu weiten Umwegen zwingt, um ihre Felder zu erreichen, zu weiterem Landverlust führt, kann nicht der Weg zu einem gerechten und stabilen Frieden sein. Der berechtigte Anspruch der Israelis, ohne Terrorangst in Frieden zu leben, wird mit dieser Mauer nicht erfüllt. Selbst ein Offizier der israelischen Armee gesteht ein, dass eine Lösung nur auf politischer Ebene gefunden werden kann und alle militärischen Unternehmungen, inklusive der Mauerbau, höchstens zu einer Verschiebung oder Reduzierung der Anschläge führen wird. Auf der Basis dieser Erkenntnisse bauen denn auch die meisten Initiativen auf, die einen Weg aus der Sackgasse Palästina/Israel-Konflikt weisen oder doch wenigstens suchen wollen.

Es ist klar, ohne kleine Schritte, die dem Aufbau von Vertrauen – und damit dem Abbau von im Übermass vorhandenem Hass – dienen, wird der grosse Schritt „dauerhafter Frieden“ nicht zu realisieren sein.

PSR/IPPNW Schweiz unternimmt in Zusammenarbeit mit den IPPNW Sektionen anderer Länder grosse Anstrengungen, Politiker, Betroffene, Menschen guten Willens für ihr Anliegen zu gewinnen, für die Leistung guter (Vermittler)dienste, welche ganz in der Tradition neutraler Schweizer Aussenpolitik liegt, an einem Tisch zu versammeln.

Dem Protokoll des „Meeting of Middle East Commission“ vom 09/07 in Basel kann die Redaktion der PSRnews auch in Ansätzen die weiteren geplanten Schritte, sowie die damit verbundenen Schwierigkeiten entnehmen. Die EU soll in den Prozess stärker eingebunden werden, eine aktivere Rolle spielen. Dies zu einer Zeit, in der die Neubesetzung der EU Kommission in vollem Gange ist und alleine die Frage - was spielt der „EU Aussenminister“, Javier Solana, künftig für eine Rolle? Bleibt alles beim alten, wenn nein, wer wird neuer „EU Aussenminister“, welche politische Einstellung bringt er mit? - grosse Arbeit bedeutet. Bei welcher Gelegenheit, in welcher Zusammensetzung ist ein Treffen mit dem deutschen Aussenminister Joschka Fischer möglich? Unser Vorstandsmitglied Heike Tomalak vertritt uns am Kongress in Beijing, welche Gesprächskonstellationen, welche zielführend scheinen, ergeben sich daraus?

Viele Fragen auf einem weiten Weg. Wir hoffen, unseren LeserInnen in einer der nächsten Ausgaben möglichst viele der hier aufgeworfenen Fragen beantworten zu können. Denn die Hoffnung und der feste Glaube an eine Lösung treibt alle Beteiligten an. Besonders schön hat dies Bundesrätin Micheline Calmy-Rey in ihrem den Block „Thema“ einleitenden Kommentar formuliert: „Friede ist möglich“

Commentaire (Quelle: La Suisse et le monde - La Revue du DFAE 03/2004)

La paix est possible

Micheline Calmy-Rey, conseillère fédérale

La politique étrangère et de sécurité de la Suisse est fondée sur des principes universellement reconnus. Elle vise le renforcement du droit international à travers une action collective légitime et efficace. La sécurité humaine constitue la pierre angulaire de cette approche, avec la défense des valeurs de la démocratie, de l'Etat de droit et des libertés fondamentales. Dans cette optique, notre politique étrangère et de sécurité va au-delà de la stricte défense de nos intérêts concrets et de nos frontières.

Le conflit israélo-palestinien n'est pas un conflit comme les autres. Il nous interpelle individuellement et collectivement avec une acuité particulière. Il met à l'épreuve notre conscience et notre sens de la justice. Il confronte la partie du monde à la quelle nous appartenons et nous confronte nous-mêmes avec une histoire douloureuse. Il met en danger la sécurité internationale. C'est dans la mise en Œuvre des principes du droit que nous entrevoyons une solution.

En 1948, le peuple d'Israël a gagné le droit inaliénable à créer son Etat. Un pilier fondamental de la position suisse est la reconnaissance irréversible de cet Etat dans sa spécificité propre, dans sa signification pour l'ensemble de la communauté juive dans le monde. Inclus dans ce droit est celui de vivre en paix à l'intérieur de frontières sûres et dans des relations normales avec ses voisins.

L'existence et la sécurité d'Israël ne sauraient toutefois nier un autre droit inaliénable, celui du peuple palestinien à vivre dans son propre Etat. Un second pilier fondamental de la position suisse est la reconnaissance du droit du peuple palestinien à créer le plus tôt possible un Etat viable, souverain, démocratique et jouissant lui aussi de frontières sûres et reconnues internationalement.

La paix paraît aujourd'hui bien éloignée. Les armes l'emportent encore sur les mots, la confrontation sur le dialogue. L'occupation étouffe l'occupé et pervertit l'occupant. Des deux côtés, les populations civiles souffrent. C'est en satisfaisant les intérêts essentiels des peuples israélien et palestinien, c'est par la négociation et la renonciation à la force et à la violence, dans le plein respect du droit international humanitaire, qu'une solution équitable et durable pourra être trouvée. Le plan de paix de la Ligue des Etats arabes, la Feuille de route du Quartette procèdent de cette même conviction. L'Initiative de Genève que nous avons facilitée en est une incarnation.

Par l'Initiative de Genève, la société civile a démontré qu'il existe des partenaires pour la paix dans les deux camps et que les questions centrales peuvent être résolues dans un esprit de réconciliation et de compromis. Cette lumière qui brille dans l'obscurité, si ténue soit-elle dans les circonstances troublées actuelles, peut inspirer les gouvernements. Elle a créé chez les homes et les femmes de bonne volonté un espoir qui ne périra pas.

(Quelle: La Suisse et le monde - La Revue du DFAE 03/2004)

Kommentar (Quelle: Schweiz Global - das Magazin des EDA 3/2004)

Friede ist möglich

Micheline Calmy-Rey, Bundesrätin

Die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz beruht auf universell anerkannten Grundsätzen. Sie strebt die Stärkung des Völkerrechts durch legitime und wirksame kollektive Massnahmen an. Eckpfeiler dieses Ansatzes ist die menschliche Sicherheit; dazu gehört die Verteidigung der demokratischen und rechtsstaatlichen Werte sowie der Grundfreiheiten. In diesem Sinne geht die Aussen- und Sicherheitspolitik über die blosser Verteidigung unserer konkreten Interessen und unserer Grenzen hinaus.

Der israelisch-palästinensische Konflikt unterscheidet sich von anderen Konflikten. Er berührt uns sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene sehr stark. Er stellt unser Gewissen und unseren Sinn für Gerechtigkeit auf die Probe. Er betrifft den Teil der Welt, zu dem wir gehören, und er konfrontiert uns mit einer leidvollen Geschichte. Er gefährdet die internationale Sicherheit. Eine Lösung für diesen Konflikt sehen wir in der Umsetzung des Völkerrechts.

1948 erhielt das israelische Volk das unveräusserliche Recht auf einen eigenen Staat. Die unwiderrufliche Anerkennung dieses Staates mit seinen Besonderheiten und seiner Bedeutung für die jüdische Gemeinschaft in der ganzen Welt bildet einen Grundpfeiler der schweizerischen Position. Das Recht auf den eigenen Staat umfasst das Recht, innerhalb sicherer Grenzen in Frieden zu leben und normale Beziehungen zu den Nachbarn zu pflegen.

Die Existenz und die Sicherheit Israels schliessen jedoch ein anderes unveräusserliches Recht nicht aus: das Recht des palästinensischen Volkes, in seinem eigenen Staat zu leben. Die Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes, so rasch als möglich einen lebensfähigen, souveränen und demokratischen Staat zu gründen, der ebenfalls über sichere und international anerkannte Grenzen verfügt, bildet den zweiten Grundpfeiler der schweizerischen Position.

Der Frieden scheint heute in weiter Ferne zu liegen. Die Waffen triumphieren über die Worte, die Konfrontation über den Dialog. Auf beiden Seiten leidet die Zivilbevölkerung. Eine gerechte und dauerhafte Lösung ist nur möglich, wenn die grundlegenden Interessen des israelischen und des palästinensischen Volkes berücksichtigt werden. Wenn verhandelt und auf Gewalt verzichtet, und wenn das humanitäre Völkerrecht vollumfänglich beachtet wird. Der Friedensplan der Arabischen Liga und die „road map“ des Nahost-Quartetts beruhen auf dieser Überzeugung, und die Genfer Initiative, bei der wir als „Fazilitator“ gewirkt haben, ist die Verkörperung davon.

Mit der Genfer Initiative hat die Zivilbevölkerung bewiesen, dass es auf beiden Seiten Friedenspartner gibt, und dass die wesentlichen Fragen im Geist der Versöhnung und des Kompromisses gelöst werden können. Sie ist ein Licht in der Finsternis, das den Regierungen den Weg weisen kann, auch wenn es im derzeitigen gespannten Umfeld nur schwach zu leuchten vermag. Die Genfer Initiative hat bei Frauen und Männern, die guten Willens sind, eine unauslöschliche Hoffnung geweckt.

Abschlussklärung Samstag, 5. Juni 2004 - Alte Feuerwache Köln
Internationale Konferenz

Stop the Wall - Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

*Diese Internationale Konferenz für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel hat am Samstag, 5. Juni 2004 in Köln stattgefunden. Unter den zahlreichen Organisatoren ist auch IPPNW Deutschland.
(Quelle: www.ippnw.de)*

Für Moshe Zuckermann, den Leiter des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel-Aviv, ist der Mauerbau in Palästina die sichtbarste "Verdinglichung der Pathologie Israels". Das Bauwerk sei der vergebliche Versuch, hinter ihr die Bedrohung der eigenen Existenz unsichtbar zu machen. Dabei seien das israelische und das palästinensische Volk gar nicht mehr zu entkoppeln. Nur eine politische Segregation sei denkbar.

Mehr als 300 TeilnehmerInnen informierten sich aus erster Hand durch israelische und palästinensische Gäste über die Ursachen und Auswirkungen der Mauer und diskutierten mit ihnen mögliche zivilgesellschaftliche Gegenmaßnahmen - auch hier in Europa.

Die VeranstalterInnen erklärten zu Konferenz:

Vor genau 37 Jahren begann der „6-Tage“-Krieg und damit die Besetzung des Westjordan-Landes und des Gaza-Streifens durch die israelische Armee. Heute, an diesem Jahrestag erklären die VeranstalterInnen der Konferenz „Stop the Wall - Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel“ angesichts der dramatischen Lage im israelisch-palästinensischen Konflikt:

Der derzeitige Bau eines „Trennungsauns“ auf palästinensischem Gebiet durch die israelische Regierung muss unverzüglich gestoppt werden! Diese Anlage wird mit guten Gründen von vielen Menschen in Palästina und Israel „Apartheidmauer“ genannt. Sie bringt bereits jetzt eine unerträgliche Verschärfung der Lebensbedingungen für die palästinensische Bevölkerung mit sich. Feindschaft und Gewalt zwischen Teilen der jüdisch-israelischen und der arabisch-palästinensischen Bevölkerung werden weiter zugespitzt. Wir fordern von der israelischen Regierung, die völkerrechtswidrig schon errichteten Mauer- und Zaunabschnitte unverzüglich wieder abzureißen, hierfür konfisziertes Land an seine palästinensischen Eigentümer zurückzugeben und für die angerichteten Zerstörungen angemessenen Schadensersatz zu leisten. Wir wenden uns gegen die strukturelle und militärische Gewalt von Mauerbau und Okkupation und ebenso gegen verbrecherische Angriffe auf Zivilisten beider Seiten. Wir appellieren an die israelische wie an die palästinensische Seite, die bewaffnete Konfrontation zugunsten eines Prozesses der zivilen, gewaltlosen Konfliktbearbeitung zu überwinden. Damit dies gelingen kann, ist eine starke und aktive internationale Bewegung unverzichtbar, die die legitimen Rechte der palästinensischen Bevölkerung anerkennt und unterstützt:

- Die Palästinenserinnen und Palästinenser haben - ebenso wie Israel in den Grenzen bis 1967 - das Recht, auf dem gesamten Gebiet der Westbank und des Gaza-Streifens ihren souveränen Staat aufzubauen, und das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat.

- Die europäischen Regierungen müssen konsequent für Menschen- und Völkerrecht in der Nahost-Region eintreten: Der skandalöse Waffenhandel in diese Krisen- und Kriegsregion muss unverzüglich und vollständig eingestellt werden. Waren aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen in Gaza und Westbank müssen von allen Zollpräferenzen der EU ausgenommen werden. Die Produkte sind auch für die Konsumenten eindeutig zu kennzeichnen, so dass diese entscheiden können, ob sie Waren aus diesen Siedlungen kaufen wollen.

- Die EU muss außerdem ihre eigenen Regeln ernst nehmen und von der israelischen Regierung die Respektierung der Menschenrechte als Voraussetzung für die Fortsetzung des Assoziationsabkommens einfordern, entsprechend der Resolution des Europäischen Parlaments vom 10. April 2002. *

Als Initiativen der Friedens- und Solidaritätsbewegung in Deutschland und Europa wollen wir unsere Beziehungen zu den Menschen in beiden Gesellschaften festigen. Wir werden die bestehenden Kontakte und die solidarische Unterstützung ausbauen, sowohl zu den von Mauerbau und Okkupation Betroffenen in Palästina und ihren Organisationen, als auch zu allen israelischen Gruppen und BürgerInnen, die Sicherheit und eine menschliche Zukunft auch für die israelische Bevölkerung nicht durch immer mehr militärische Gewalt und Unterdrückung erreichen wollen, sondern durch gemeinsame Arbeit und sozialen Kampf für ein gleichberechtigtes Zusammenleben.

Wir treten ein für die universelle Gültigkeit von Menschen- und Völkerrechten. Deswegen wenden wir uns hier in Deutschland und Europa ebenso wie in Israel-Palästina gegen Antisemitismus, Judenhass, Islamophobie und Araber-Feindlichkeit. An Stelle des „Zusammenpralls der Zivilisationen“ wollen wir deren wechselseitige Akzeptanz und konstruktiven Dialog voranbringen.

Mit unserer heutigen Konferenz haben wir dazu einen Beitrag geleistet.

*Entschließung des Europäischen Parlaments zum Nahen Osten, vom 10.4.02 <P5_TA(2002)0173> "Das Europäische Parlament ... fordert die Kommission und den Rat in diesem Sinne auf, zu prüfen, wie sie sämtliche ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der Aussetzung des Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommens zwischen der EU und Israel, am besten einsetzen können;..."

Nachfragen bitte an Dr. Jens-Peter Steffen, (0049) 0178 - 433 25 13, www.ipnw.de

«Man bleibt immer verdächtig»

Peter Schäfer

Journalist, Gaza und Ramallah

Aus „Schweiz Global 3/04“

Über 100 000 Palästinenser haben bislang Haftstrafen in israelischen Gefängnisse verbüsst. Ihre Rückkehr in den Alltag gestaltet sich äusserst schwierig. Mit schweizerischer Hilfe wird ehemaligen palästinensischen Gefangenen ein Neuanfang ermöglicht.

Amer Schamali hat seit drei Stunden geöffnet. Viel ist nicht passiert. Er sitzt umringt von Ventilatoren, Rasierapparaten und Glühbirnen in seinem wohlgeordneten Laden im Zentrum Gazas und wartet. «Kunden kommen keine», erklärt der 58-Jährige, der älter aussieht, «nur Invasionen und Raketen.» Am Vortag beschoss die israelische Luftwaffe zwei Ziele in Gaza, und auch jetzt kreisen Kampfflugzeuge. Die Strassen sind weitgehend leer. Wer kann, bleibt zu Hause. «Was ich verdiene, reicht kaum zum Leben», sagt der Ladenbesitzer. Seine Familie ist gross, elf Kinder wollen versorgt werden. Drei davon gehen zur Universität und sollen ihrem Vater später finanziell unter die Arme greifen. Bei geschätzten 70 Prozent Arbeitslosigkeit im Gazastreifen dürfte diese Unterstützung aber noch auf sich warten lassen.

Auch Riad Abdelwahad (40) verkauft Elektrogeräte im Stadtteil Al-Daradsch. Seine Umsätze sehen ebenfalls nicht gut aus. «Die Lage ist schwierig», sagt der Vater von vier Kindern. «Wenn die Politik nicht stimmt, dann liegt auch die Wirtschaft am Boden.» Ersparnisse hat er nicht, was er verdient, wird gleich in Lebensmittel umgesetzt.

Verdacht bleibt. Ausser ihrem Warenangebot haben Schamali und Abdelwahad noch etwas anderes gemeinsam. Sie waren beide in israelischen Gefängnissen und wurden dort gefoltert. Schamali war mehrere Male für Zeiträume von sechs bis 18 Monaten eingesperrt, meist wegen Mitgliedschaft in Jassir Arafats Fatah-Bewegung. «Man ist immer wieder aus dem Leben raus, nichts ist planbar», erklärt Schamali. «War man einmal im Gefängnis, bleibt man immer verdächtig.» So wurde er wie, viele andere auch, nach einem Anschlag auf israelische Soldaten verhaftet. Bewiesen werden konnte ihm zwar nichts; eingesperrt blieb er trotzdem. Verwaltungshaft nennt sich diese Massnahme, mit der Palästinenser für verlängerbare Perioden von sechs Monaten ohne Gerichtsbeschluss festgehalten werden dürfen. Auch heute noch.

Riad Abdelwahad war für zwei Jahre im Gefängnis, wegen Mitgliedschaft in der Vereinten Führung der ersten Intifada vor 15 Jahren. Für die Fatah koordinierte er zusammen mit anderen Gruppen den Aufstand gegen die Besatzung. Nahrungsmittel und alternativer Krankenhausbetrieb mussten im grossen Stil organisiert werden. Studenten erhielten geheime Vorlesungen, während ihre Universitäten von Israel geschlossen waren. Die Vereinte Führung wachte auch darüber, dass die Intifada ihren unbewaffneten Charakter behielt. Nur mit Steinen sollten die Soldaten bekämpft werden.

Ministerium für Ex-Gefangene. Zusammen mit fast 39 000 ehemaligen Häftlingen haben sich die beiden beim palästinensischen Ministerium für ehemalige Gefangene registrieren lassen. Über ihre Erfahrungen in Haft reden die Männer aber nicht gern. Manche Wunden verheilen nur schwer und wollen nicht mehr aufgerissen werden. Beiden wurde auf Antrag ein Kleinkredit gewährt, um ihnen die Aussicht auf ein normales Leben wieder zu ermöglichen. «Ohne das Geld hätte ich mir keine Neuwaren anschaffen können und den Laden aufgeben müssen», sagt Abdelwahad. «Keine Ahnung, wie ich dann meine Familie versorgt hätte.» Vor vier Jahren hat er 2520 Dollar erhalten, von denen er jeden Monat 70 Dollar abbezahlt. Oft muss sich das Ministerium aber lange gedulden, bis er die nächste Rate aufbringen kann. Insgesamt über Hunderttausend Palästinenser waren in israelischen Gefängnissen eingesperrt. Fast jede Familie ist betroffen. «Etwa ein Drittel davon sass länger als ein Jahr», erklärt Radi Jarai, Vize-Minister und Leiter des Programms für Gefangenenrehabilitation, das mit durchschnittlich 1,7 Millionen Franken jährlich von der EDA-Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit und in Kooperation mit der Europäischen Union (EU) finanziert wird. «Besonders die Langzeitgefangenen haben mit schweren Nachwirkungen zu kämpfen», so Jarai. «Bei längeren oder sich häufenden kurzen Haftzeiten gehen Familienbetriebe ein. Schul- und Universitätsabschlüsse können nicht gemacht werden. Aus all diesen Gründen ist die Arbeitslosigkeit unter Ex-Gefangenen besonders hoch.» Zwar sind Palästinenser, die im Kampf gegen die Besatzung gelitten haben, gesellschaftlich hoch angesehen. Mit ihren persönlichen und familiären Problemen waren sie jedoch lange auf sich gestellt.

Hilfe aus der Schweiz. Das Ministerium hat deshalb sofort nach seiner Errichtung 1994 begonnen, sich um die bisher Vernachlässigten zu kümmern. Die Schweiz und die EU sind seit den Anfängen unterstützend dabei. «Je nach Haftdauer, Gesundheit und sozialer Lage entscheiden wir über die Zuteilung einer Leistung», erklärt Jarai. Und deren Bandbreite ist vielfältig. Die meisten holen Berufsausbildungen nach. Andere erhalten Lohnzuschüsse oder eben Kleinkredite für den Auf- oder Ausbau eigener Geschäfte. Dazu kommen Gelder für Gesundheitsversorgung und Familienhilfe. Hier verbirgt sich ein riesiges Problemfeld. «Menschen verändern sich», erläutert der Vize-Mini-

ster, der selber 13 Jahre lang im Gefängnis war und deshalb aus eigener Erfahrung weiss, wo die Schwierigkeiten der Ex-Gefangenen liegen. «Häufig erkennen einen die eigenen Kinder nicht mehr.» Nach schwerer Folter und langer Isolation von anderen Menschen sind die Ex-Gefangenen oft nachhaltig geschädigt und psychisch krank. Ihre Traumata müssen therapeutisch behandelt werden. 3000 besonders Betroffene erhalten Leistungen aus dem Schweizer Projekt und sollen so ihren Platz in der Gesellschaft wieder finden. Radi Jarai selbst wurde wegen eines versuchten Sprengstoffanschlags auf eine israelische Kaserne verurteilt. Später baute er Beziehungen zu israelischen Friedenswilligen in Militär und Zivilgesellschaft auf. Und heute ist der 53-Jährige in der Genfer Friedensinitiative aktiv. «Mein Ziel, ohne Besatzung zu leben, ist geblieben», sagt er, «nur die Mittel haben sich geändert.» Mit dem Rehabilitationsprogramm haben auch andere Ex-Gefangene die Möglichkeit, einen neuen Weg einzuschlagen und nicht mehr in den Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt zurückzufallen.

Schweizer Engagement

Die Schweiz engagiert sich im Konfliktgebiet (autonome und besetzte palästinensische Gebiete sowie umliegende Länder) auf vielfältige Weise. Für das laufende Jahr sind öffentliche Beiträge in der Höhe von rund 32,5 Mio. Fr. vorgesehen. Davon entfallen 27,7 Mio. auf Projekte der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), 1,7 Mio. auf Programme und Projekte der Politischen Abteilung IV (Menschenrechte und Friedensförderung), 0,1 Mio. auf Projekte des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), 1 Mio. auf die multinationale zivile Beobachtermission TIPH und 2 Mio. auf projektbezogene Aktivitäten rund um die Genfer Initiative.

Une approche Réaliste

**Peter Schäfer, Ramallah,
La Suisse et le monde 3/2004**

Dans la recherche de solutions au conflit du Proche-Orient, la question des réfugiés est capitale. L'organisation palestinienne Shaml emprunte de nouvelles voies et met à profit les avantages d'Internet. Le DFAE finance la gestion du site de Shaml.

Bien des négociations prometteuses visant à résoudre le conflit du Proche-Orient ont achoppé sur la question de l'avenir des réfugiés palestiniens. Israël a certes signé la résolution 194 de l'ONU qui reconnaît aux personnes chassées par la guerre de 1948 le droit de revenir au pays. Mais en pratique, la situation est bien différente. Et du côté palestinien, les dirigeants ont il est vrai manifesté leur disposition à faire de larges compromis. Mais la population n'apprécie guère ce geste. Beaucoup rêvent encore d'une complète réparation. Les fronts se sont durcis. Le Centre palestinien des réfugiés et de la diaspora Shaml, à Ramallah, entend changer la donne.

Nouvelles voies. «Nous sommes naturellement en butte à des attaques à cause de notre travail», déclare Sari Hanafi (41 ans), directeur du Centre. «On nous reproche d'enterrer le droit des réfugiés au retour.» Mais il faut supporter la critique. Et manifestement Shaml suit aussi une tendance qui fait peu à peu son chemin dans les esprits. «Beaucoup se rendent compte que la manière classique d'aborder la question des réfugiés doit être remise en cause», explique Hanafi. «Il faut élaborer des solutions pratiques qui tiennent vraiment compte des besoins des personnes concernées.» L'essentiel est donc de déterminer ce que ces personnes veulent. Shaml travaille à la base, en collaboration avec les réfugiés et non, comme beaucoup d'autres, sans tenir compte de leur avis. «La prise de conscience ne doit pas se faire uniquement en Israël et à l'étranger», précise Hanafi. «Nous devons nous aussi débattre des différents aspects du droit au retour.» La terre des Palestiniens a certes été prise illégalement, indique-t-il à titre d'exemple, «mais des Israéliens y vivent désormais depuis des décennies. Nous ne pouvons pas simplement les chasser et réparer une injustice en en commettant une autre.» D'autre part, il existe en Israël des anciens domaines palestiniens qui sont aujourd'hui utilisés uniquement pour l'agriculture. «Une recolonisation par la population d'origine pourrait très bien entrer en ligne de compte.»

Solutions pratiques. Dans l'ensemble, l'organisation privilégie une approche pratique du problème. «Nous ne devons pas oublier que jusqu'ici, dans le monde, jamais plus de quinze pour cent des personnes chassées par un conflit ont pu retourner dans leur ancienne patrie», relève Hanafi. Il faut donc trouver d'autres solutions, mais une majorité des Palestiniens ne veut pas en discuter. Non seulement pour ne pas compromettre le droit au retour, mais aussi pour ne pas galvauder ce précieux atout avant des négociations. Un institut de recherche de Ramallah a révélé en juin dernier que 95 pour cent des réfugiés insistent sur leur bon droit. Toutefois seuls dix pour cent des personnes interrogées iraient vraiment s'installer en Israël. Le jour où ces résultats ont été publiés, l'institut a été mis à sac et le personnel roué de coups.

Impliquer les personnes concernées. «Après toutes les discussions avec les réfugiés dans les camps, une chose est claire», explique Sari Hanafi. «Ils sont très désappointés, n'ont pas de grands espoirs. Je suis convaincu que même les réfugiés ne confondent pas le droit au retour avec le droit de choisir librement leur domicile.» Mais il serait toutefois faux de soumettre simplement une solution à ces gens. Shaml veut mettre en oeuvre une politique durable en matière de réfugiés. «Oublier les réfugiés ne mettra pas fin au conflit du Proche-Orient, mais créera de nouveaux points de friction.»

A l'heure actuelle, ce sont surtout les informations qui font défaut. En outre, les 3,5 millions de réfugiés palestiniens et leurs descendants sont disséminés dans plusieurs pays. Et au sein des territoires occupés, les localités sont complètement isolées les unes des autres. Les échanges, même locaux, sont donc difficiles. Internet a toutefois permis de remédier à ce manque de contacts. La Division politique IV (Sécurité humaine) du DFAE soutient Shaml depuis 1999. Elle verse chaque année au Centre 38 000 francs afin qu'il puisse tenir à jour son site Internet et mettre sur pied le fichier en ligne certainement le plus complet sur les réfugiés palestiniens.

Et l'engagement a valu la peine. «Nous sommes presque débordés par les messages que nous recevons de l'intérieur et de l'étranger», se réjouit Hanafi. Grâce à la créativité et à la persévérance de son chef ainsi que des ressources dont elle dispose par Internet, l'organisation Shaml est aujourd'hui la seule à même de réunir à une même table les représentants de toutes les positions sur la question des réfugiés et de mener un débat ouvert se basant sur les réalités.

Europa als Friedensinstrument?

von Jean-Luc Riond

Nach dem zweiten Weltkrieg sind zahlreiche Wirtschaftsorganisationen (Bretton Woods, OEEC, Gatt, EWG und EFTA) entstanden. Die Entwicklung der Wirtschaft im Zug der Globalisierung lässt immer weniger Raum für individuelle ausgehandelte Verträge und verlangt verhandlungsökonomisch nach multilateralen Lösungen. Als Folge dieser Entwicklung sind Verträge im Sicherheitsbereich neu entstanden und werden weiter entwickelt. Es besteht ein Anpassungsbedarf zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU).

Die NEBS. Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (NEBS) ist 1998 aus der Fusion mehrerer proeuropäischer Organisationen hervorgegangen und zählt derzeit rund 5'000 Mitglieder. Der Nationalrat Yves Christen präsidiert die NEBS seit April 2004. Diese überparteiliche Vereinigung ist durch ihre Dachorganisation Internationale Europäische Bewegung (IEB) und die Union Europäischer Föderalisten (UEF) im Forum der Zivilgesellschaft, in dem BürgerInnen und Organisationen ihre Interessen artikulieren können, vertreten. Das Forum der Zivilgesellschaft unterstützt den Europäischen Konvent, der wesentliche Fragen bezüglich der künftigen Entwicklung der Union prüft und verschiedene mögliche Antworten formuliert.

Die Europäische Union. Historisch gesehen war die Entstehung der heutigen EU die Folge des Zweiten Weltkrieges. Der Gedanke der EU sollte nach dem Geist von Jean Monnet (1888-1979) verhindern, dass Europa jemals wieder von Krieg und Zerstörung heimgesucht wird. Anfänglich bestand die EU aus nur sechs Ländern: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Später kamen Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich (1973), Griechenland (1981), Spanien und Portugal (1986), Österreich, Finnland und Schweden (1995) hinzu. Im Mai 2004 erfolgte der Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern.

Innere Sicherheit durch die Schengen- und Dublin-Verträge. Der erste Schritt im Bereich der inneren Sicherheit Europas war das Schengener Übereinkommen in 1985. Seit 1999 ist das Schengen Vertragswerk das Gemeinschaftsrecht der EU: Verstärkung der Kontrollen an den Aussengrenzen des Schengener Sicherheitsraumes, eine gemeinsame Visapolitik, Verbesserung der grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit und ein effizienter Informationsaustausch über gesuchte oder unerwünschte Personen mittels des Schengener Informationssystem (SIS). Ein Abseitsstehen macht die Schweiz zu einem Fahndungsloch in Europa. Untrennbar mit Schengen verbunden ist das Dubliner Erstasylabkommen von 1990, das im Jahre 1997 in Kraft trat. Damit strebt die EU einen einheitlichen Asyl- und Migrationsraum an. Die Konvention dient zur Bestimmung der Zuständigkeit für die Behandlung von Asylgesuchen. Beteiligte sich die Schweiz nicht an Dublin, wäre sie praktisch das einzige Land auf dem Kontinent, in dem ein zweites Asylgesuch mit Aussicht auf Erfolg gestellt werden könnte. Die Dossiers wurden im Rahmen der Bilateralen II-Verhandlungen seit 4 Jahren intensiv im Bundesrat diskutiert. Die neuen Verträge werden dem Parlament je einzeln unterbreitet. Die NEBS meint, dass die heute schon laufenden Bestrebungen zur Verwirklichung des Europäischen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts konsequent weiterzuführen sind.

Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP). Seit dem Vertrag von Maastricht (1992) hat die EU auf dem Papier eine Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) und eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Dieses Instrument ist aber ineffizient und hat sich nicht bewährt, da jeder Mitgliedsstaat ein Vetorecht hat. Die NEBS meint, dass die Aussen- und Sicherheitspolitik grundsätzlich in die Kompetenz der EU übergehen. Die Aussen- und Sicherheitspolitik soll den gleichen Entscheidungsmechanismen, wie die übrigen EU-Politikbereiche, unterstellt werden. Die EU braucht einen/eine eigenen/eigene Aussenminister/In, welcher der EU-Aussenpolitik Kontinuität und Glaubwürdigkeit verleiht. Der Text der Verfassung basiert auf idealen Vorstellungen von Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität in der Welt, indem sie zu Frieden, Sicherheit, nachhaltiger Entwicklung der Erde, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, freiem und gerechtem Handel, Beseitigung der Armut und Schutz der Menschenrechte, sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen beiträgt. Ein ausdrücklicher Bezug auf das Verbot der Androhung und Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen fehlt.

Der Gefahr der Militarisierung der EU. Die Zuständigkeit des Textes der europäischen Verfassung, über den sich die Staats- und Regierungschefs der EU im Juni 2004 geeinigt haben, erstreckt sich auf die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik. Die EU wird auf diese Weise konstitutionell eine Militärunion. Als Folge könnte ein Wettkampf mit der Weltmacht USA entstehen. Dieser Wettkampf könnte sich auch auf den Bereich Massenvernichtungswaffen erstrecken. Nach jüngsten Umfragen plädieren 63 Prozent der Deutschen und drei Viertel der Franzosen für eine von den USA unabhängigen Aussen- und Sicherheitspolitik der Europäer. Auch 56 Prozent der Briten – bisher engste Alliierte der Amerikaner – unterstützen diese Forderung. Breite Mehrheiten in Deutschland und Frankreich wünschen, dass die EU als Gegenpol die gleiche Macht wie die Vereinigten Staaten erhalten soll. Soweit die Militarisierung Kampfeinsätze ausserhalb der Charta der Vereinten Nationen vorsieht oder ermöglicht,

stellt sie eine Verletzung völkerrechtlicher Verpflichtungen dar. Dieses Konzept der Sicherheitsstrategie ist kaum von der Doktrin der Präventivschläge der USA zu unterscheiden. Einzig wird ein auswärtiges Handeln mit der Berücksichtigung multilateraler Lösungen erwähnt.

Im Gegensatz dazu setzen sich die Friedensorganisationen für eine internationale Rolle und die Glaubwürdigkeit der EU ein, die nicht von ihren militärischen Fähigkeiten und deren Einsatz abhängen, sondern von ihrem zivilen Beitrag zu Frieden und Sicherheit. Die Aufgabe von PSR/IPPNW Schweiz liegt in der Begleitung der Integration der Schweiz in die EU, damit unser Land den Einsatz von friedenspolitischen Instrumenten optimal mitsteuern und die Aufrüstung verhindern kann. Im Verlauf des Prozesses sollte kontinuierlich daran erinnert werden, welche die Vorteile einer Weltfriedenspolitik sind, und die gemeinsamen in der Verfassung enthaltene Abrüstungsvorschläge unterstützt werden.

Manifest für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU. Die NEBS ruft die EU-Beitrittsbefürworterinnen und -befürworter der Schweiz auf, das Manifest zu unterschreiben. Der Ziel ist 50'000 Unterschriften zu sammeln, damit Beitrittsverhandlungen vom Bundesrat eingeleitet werden. Auf der Webseite www.europa.ch/beitritt kann ein elektronisches Formular gefunden werden. Ansonsten können Formulare bei der Adresse NEBS, Postfach 49, 3000 Bern 26 bestellt werden.

Literatur

- Kühnhardt L. Auf dem Weg zu einem europäischen Verfassungspatriotismus. Neue Zürcher Zeitung 163:9, 2004.
- Lechthaler B. Militarisierung der EU: Friedensvolksbegehren statt Brüssel-Astrologie. Europa-Magazin 1:9-10, 2004.
- Neue Europäische Bewegung Schweiz. Die Zukunft der EU – Der Europäische Konvent, 2003.
- Pflüger T. Militarisierung der EU: Militarismus als Verfassungsprinzip. Europa-Magazin 1:5-8, 2004.
- Schirmer G. Militarisierung der Europäischen Union. Zeitschrift für Friedenspolitik 2:4-7, 2004.
- Speckmann T. Deutschland als Friedensmacht? Neue Zürcher Zeitung 160:7, 2004.

Kongress Atomenergie und Atomwaffen in einer instabilen Welt:

Am 7. -9. Mai fand der europäische IPPNW-Kongress in Berlin statt. (PSRnews 01/2004) er zeigte Alternativen gegen gesundheitliche und sicherheitspolitische Gefahren der militärischen und zivilen Nutzung der Atomenergie auf. Nebenstehend eine Presseinfo der IPPNW Deutschland und auf den nachfolgenden Seiten der Vortrag von Horst-Eberhard Richter, sämtliche Vorträge sind auch auf www.atomkongress.de abrufbar.

Berlin, den 09.05.04. Die USA bereiten sich für kommende Kriege auf den Einsatz von Atomwaffen vor. Dies ist die einhellige Einschätzung der australischen Kinderärztin Helen Caldicott, dem amerikanischen Arzt und IPPNW-Gründer Professor Bernard Lown, dem malaysischen IPPNW-Präsidenten Ron McCoy, dem kanadischen Ökonomie-Professor Michel Chossudovsky und dem EUROSOLAR-Präsidenten Hermann Scheer. Sie warnten auf dem Kongress „Atomenergie und Atomwaffen in einer instabilen Welt“ der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) an diesem Wochenende in Berlin vor dem geplanten Einsatz von taktischen Atomwaffen, so genannten Mini-Nukes.

„Die neue Atompolitik der USA involviert ausdrücklich die großen Rüstungsfirmen in der Planung des Atomkrieges“, so Chossudovsky. „Diese bestimmen auch die Agenda des Einsatzes von Atomwaffen mit.“ Dies sei gleichbedeutend mit der „Privatisierung des Atomkrieges“.

Private Industrieinteressen bestimmen auch die Agenda der Atomenergiepolitik. Das IPPNW-Vorstandsmitglied Angelika Claußen wies auf die Zufriedenheit der deutschen Atomwirtschaft mit dem so genannten Atomkonsens hin. Nach Darstellung des Atomkraftwerksbetreibers RWE ist der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke „zukünftig ohne politisch motivierte Störungen“ möglich. Frau Claußen hält es für bedauerlich, dass „somit nach Tschernobyl eine weitere Chance ungenutzt blieb, kurzfristig aus der Atomenergie auszusteigen.“

Die russische Wissenschaftlerin Lydia Popova beschrieb das Interesse deutscher Unternehmen an einer nuklearen Schrottentsorgung in Russland. „Die russische Regierung hat bereits Genehmigungen zur Beförderung von radioaktiven Materialien für Ostseehäfen erteilt.“ Das sei ein Beleg für den bevorstehenden „Nuklear-Handel“ zwischen der westlichen Atomindustrie und Russland.

Hermann Scheer wies darauf hin, dass Uran ebenso wie Öl und Erdgas ein auf wenige Jahrzehnte begrenzter Rohstoff sei. Zur Verlängerung des Atomzeitalters ziele die im Untergang begriffene Atomindustrie daher auf besonders gefährliche und unausgereifte Technologien wie Wiederaufarbeitung, Schnelle Brüter und Fusionsreaktoren ab. Die Menschheit müsse sich entscheiden zwischen dieser zentralisierten Option mit wirtschaftlichen Vorteilen für wenige und dem Solarzeitalter, dessen dezentrale Technologien nicht nur ökonomisch und ökologisch allen Menschen nutzen würde, sondern auch das Denken und die Moral revolutionieren würde. Kriege ums Öl wären in einer Solarwirtschaft obsolet, so Scheer.

Für Ron McCoy liegt die „Lösung des Problems der Verbreitung von Atomwaffen nicht in der Fortsetzung diskriminierender Politik oder im einseitigen illegalen Präventiveinsatz, sondern in der Überwindung der Doppelmoral, der Einhaltung von Verträgen und der Respektierung internationalen Rechts“.

Über drei Kongresstage vom 7. bis 9. Mai informierten rund 40 internationale ReferentInnen etwa 800 TeilnehmerInnen in der Urania in Berlin. Diesen wurde klar, dass für die Beendigung der militärischen und zivilen Nutzung der Atomenergie eine andere Herangehensweise als bisher erforderlich ist. Die entscheidenden ökonomischen, politischen und medialen Hintergründe müssen durchschaut werden.

(Quelle: IPPNW Deutschland, www.ippnw.de)

Pazifismus – Utopie oder Ausweg?

Vortrag von Horst-Eberhard Richter anlässlich des IPPNW-Kongresses 2004: Atomwaffen & Atomenergie in einer instabilen Welt.

Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter

Mitbegründer der bundesdeutschen Sektion der IPPNW, Psychoanalytiker, ehem. Direktor des Sigmund-Freud-Institutes, erster Geschäftsführer und Sprecher der bundesdeutschen IPPNW, Ehrenvorstandsmitglied der deutschen IPPNW. Richter sieht ärztliches Verhalten immer politisch. Für ihn ist überflüssig zu sagen, welch immens politischen Faktor der angeblich unpolitische Arzt darstellt, der sich auf reine Medizin zurückziehen glaubt und damit ermöglicht, dass jede Politik mit seiner Toleranz gemacht werden kann. Die prinzipielle Verpflichtung aller ÄrztInnen ist, Leben zu schützen und nicht politische Systeme. Die Ärztin und der Arzt dürfen der Obrigkeit nicht zur Verfügung stehen. Für Richter muss Medizin im Sinne ihrer lebenserhaltenden Aufgabe pazifistisch sein.

Pazifismus ist nach der klassischen Definition im alten Großen Brockhaus ein Synonym für Friedensbewegung und bezeichnet die Gesamtheit der Bestrebungen, Krieg zu verhindern. Wenn Feuer ausbricht, hat der Brandschutz verloren. Also muss er verbessert werden. Wenn Kriegswille sich durchsetzt, hat der Pazifismus verloren. Also muss er seine Anstrengungen erhöhen. Dass er keine realitätsferne Utopie ist, haben u.a. Gorbatschow und Mandela bewiesen, indem sie mit den Grundgedanken des Pazifismus – nämlich gegenseitige Verständigung und Versöhnung – Kriege verhindert haben. Beiden haben den Glauben an die Humanisierung scheinbar hoffnungslos verfeindeter Beziehungen zum Sieg geführt. Pazifismus ist auch kein Ausweg in Sinne der Flucht aus einem Dilemma. Sondern er versteht sich als Hauptweg des Fortschritts zu einer friedlicheren Kultur.

Nun aber haben wir eine neue Weltlage. Das Pentagon ist mit einer offiziellen Verteidigungsstrategie an die Öffentlichkeit getreten, wonach jedem, der die nukleare Vorherrschaft der USA antastet, ein Angriffskrieg angedroht wird. In dem Projektbericht „For the New American Century“, von 27 hochrangigen Experten verfasst, heißt es, kein Aufstieg eines potentiellen Weltmacht-Konkurrenten dürfe zugelassen werden, und der eigene rüstungstechnische Vorsprung sei kontinuierlich auszubauen. –

Die praktische Politik der USA demonstriert bereits jetzt das Ausscheren aus friedenschützenden Gemeinschaftsverpflichtungen, siehe die Nichtanerkennung der Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes für Amerikaner. Und dass sie Krieg zu führen willens sind, wo und wann es ihnen immer passt, ganz gleich was die internationale Staatengemeinschaft dazu sagt, haben sie im Fall Irak skrupellos vorgeführt.

Pazifismus muss sich unter den neuen Bedingungen nicht neu definieren, aber die Erweiterung seiner Aufgaben anerkennen. Er muss darauf reagieren, dass eine Macht, gestützt auf überlegene nukleare Rüstung, eine egoistische Willkür ausübt, wodurch sie die am stärksten davon Benachteiligten und Gekränkten automatisch in Hass und terroristische Rachebereitschaft versetzt. So nennt der amerikanische Philosoph Richard Rorty den Krieg gegen den Terrorismus jetzt bereits gefährlicher als den Terrorismus selbst. Nun droht in Weltmaßstab eine kreisförmige eigendynamische Eskalation von Gewalt und Gegengewalt nach dem Muster von Israel/Palästina.

Der pazifistischen Position stellen sich zwei miteinander zusammenhängende Aufgaben: Erstens nach wie vor Aufklärung. Zweitens Widerstand mit einer intelligenten effektiven gewaltfreien Strategie.

Die Aufklärung muss beharrlich an der Zerstörung der Illusion arbeiten, überlegene militärische Mittel seien im Verbund mit aufwendig ausgebauten Überwachungssystemen imstande, eigene Verwundbarkeit durch Terroranschläge auszuschalten. Diese Desillusionierung hätte nach dem 11. September und durch die ewige Gewaltspirale in Nah-Ost längst vollzogen sein müssen. Aber offenbar trüben Hass und Selbstüberschätzung die kritische Besonnenheit, dazu wohl auch die eingewurzelte Ideologie des westlichen Systems, wonach ein großer Machtvorsprung in der Konkurrenz eigene Unabhängigkeit beschere. Diese Ideologie macht blind dafür, dass auch und gerade aus den Erdenwinkeln größten Elends und tiefster Armut ein unausrottbarer Widerstand aufflammen kann. Denn es ist eine Grundtatsache unserer Existenz, dass wir in der Welt wechselseitig aufeinander angewiesen sind und diese Vernetzung nur entweder zu fruchtbarer Kooperation oder zu mutuellem Destruktivität verwenden können. Kurz gesagt: Pazifizierende Aufklärung muss die Unauflöslichkeit dieses wechselseitigen Gebundenseins gegen alle emotionalen und ideologischen Vorurteile deutlich machen. Die friedenswilligen Mehrheiten in den Ursprungsländern des Terrors verdienen gerade besondere Unterstützung und Stärkung statt fortschreitender Demütigung, wie diese unglücklicherweise in Nah-Ost erfolgt.

Zweite Aufgabe: Aufbau eines intelligenten, gewaltfreien Widerstandes. Klar ist, dass die alten Parolen nicht mehr zureichen, wie: Ohne mich! Ohne uns! Es ist Krieg, und wir gehen nicht hin! usw. Als wir am 20. März in Ramstein gegen die dort deponierten und gegen alle sonstigen Atomwaffen protestiert haben, lautete unsere Losung: „Stillhalten ist tödlich!“ Also nicht stillhalten, sondern sich wehren! Aber wie, ohne sich lächerlich zu machen oder die Gewaltgrenze zu überschreiten?

Wir wissen seit dem 15. Februar 2003, dass viele Millionen in aller Welt keinen Krieg wollten. Wo Bevölkerungsumfragen stattfanden, überwogen fast überall die Kriegsgegner. Also existiert eine weltweite dem Pazifismus zuneigende Gesinnungsgemeinschaft, die miterleben musste, wie im Irak über 10 000 Zivilisten dafür sterben mussten, dass Soldaten nach Waffen suchten, von denen ihre Regierungen wussten, dass es diese gar nicht gab. Diese transkontinentale Gesinnungsgemeinschaft wurde nun nach Strich und Faden belogen und betrogen, nicht von schludrigen Geheimdiensten, sondern von Bush und Blair, die wussten, dass die Inspektoren nicht finden konnten, was nicht da war. Jetzt das Nachkriegsdesaster. Kein Konzept. Aufruhr im Land. Besatzung ohne Respekt und Einfühlung in die Menschen. Entwürdigende Folter der Gefangenen. Wäre ähnliches in unserer kleinen Alltagswelt geschehen, wäre längst ein großer Apparat von Polizei, Staatsanwälten und Gerichten damit befasst. Nichts Vergleichbares geschieht auf der Weltbühne. Kein hoher Verantwortlicher zieht persönliche Konsequenzen.

Aber im Innern von Millionen brodelte es. Vietnam wird in vielen amerikanischen Köpfen wieder lebendig. Nicht nur die Niederlage, vor allem auch die Schande, die moralische Katastrophe. Und das sollte nun international ein Ansatz sein für eine entschlossene Reaktion. Auch in den USA mehren sich stetig die Stimmen, die verlangen, dass das Schurkenstück Irak – so muss man es ja nennen - aufgearbeitet wird. Jetzt heißt es, nicht stillhalten, sondern laut anklagen. Es ist einfach nicht hinnehmbar, dass die politische Machtelite sich leisetreterisch auf ein Arrangement zubewegt, das da lautet: Schwamm drüber! Nur noch nach vorn blicken! Gras darüber wachsen lassen! Schon erweckt man den Anschein, es sei unanständig, weiteren Staub aufzuwirbeln. Aber zu schweigen heißt, dass alles so weitergehen wird. Jetzt müssen auch die Medien Farbe bekennen, ob sie beim Vertuschen und Schönreden helfen oder ob sie merken, dass die Stunde der Wahrheit gekommen ist, nämlich die moralische Krise beim Namen zu nennen. Erbärmlich ist es schon, mit anzusehen, mit welchen diplomatischen Verrenkungen sich viele Herren der politischen Klasse, selbst Außenminister, um klare Worte herumdrücken oder gar untertänig schweigen, wie jene Dame, die am liebsten auch deutsche Soldaten in den Irak geschickt hätte und es aus Loyalität für geboten hält, für einen Freund in einen Krieg zu ziehen, der 10 000 Zivilisten das Leben dafür kostet, dass man Soldaten nach Waffen suchen lässt, die gar nicht da sind.

Man könnte fast glauben, es wären nicht gestandene Politikerinnen und Politiker, sondern Psychotherapeuten mit der Aufgabe am Werke, die Verantwortlichen Washingtons und Londons vor traumatischer narzisstischer Kränkung und depressiver Verstimmung zu bewahren. Stattdessen wäre jetzt Rückgrat gefragt, nach dem Muster der Regierungen von Chile und Mexiko, die trotz der wirtschaftlichen Abhängigkeiten ihrer Länder den Mut hatten, im Sicherheitsrat ihre Zustimmung zum Krieg zu verweigern. Das ist ein standhaltender Pazifismus! An Horst Köhler sollten sich unsere Politiker ein Beispiel nehmen. Moralischer Druck, wie er jetzt nötig ist, kann man nur auf gleicher Augenhöhe und nicht mit weichen Knien ausüben.

M.D.u.H., soeben haben wir erlebt, wie Egoismus und Kriegsgeist ihre Macht gegen die Moral durchgesetzt und damit die Werte, die zu verteidigen sind, verraten haben. Jetzt ist gemeinsam zu beweisen, dass Moral auch eine Macht ist, sofern man für sie gemeinsam kämpft. Von ihrer Verteidigung hängt unsere zivilisatorische Humanisierung ab. Das ist die Position nicht eines abstrakten, blauäugigen und unverbindlichen, sondern eines standhaften Pazifismus. Ich antworte also nicht darauf, ob Pazifismus ein Ausweg ist. Sondern ich sage umgekehrt: Aus dem so verstandenen Pazifismus gibt es keinen Ausweg, wenn sich die Menschheit längerfristig vor einer apokalyptischen Katastrophe bewahren will.

(alle Vorträge auf www.atomkongress.de)

Nukleare Sandkastenspiele in Sellafield. (NZZ, 1.8.04)

Die Fabrik für nuklearen Mox- Brennstoff im englischen Sellafield hat Milliarden an Kosten verschlungen. Schweizer Atomkraftwerke warten immer noch auf die erste Lieferung.

Martin Alioth, Dublin. Es hätte das Ei des Kolumbus werden sollen: Als die Fabrikationsanlage für Mox-Brennelemente im englischen Nuklearkomplex Sellafield 1996 fertiggestellt wurde, glaubten viele, das leidige Entsorgungsproblem der Atomindustrie sei zum Mindesten teilweise gelöst. Denn Mox-Anlagen verwerten das Plutonium verbrauchter Uranbrennstäbe, um neuen Brennstoff für Atomkraftwerke herzustellen; der Name Mox leitet sich von «mixed oxide» ab. Doch seither ist nicht alles nach Plan gelaufen. Michael Meacher, ein Veteran unter den Abgeordneten des Unterhauses, nennt es einen «monumentalen Skandal». Bis letztes Jahr war der Labour-Politiker als subalternen Umweltminister direkt mit der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield unter der staatseigenen British Nuclear Fuels Ltd. (BNFL) befasst. Meacher hatte sich 2001 vehement gegen die Betriebsgenehmigung für die Mox-Fabrik gewehrt. Die irische Regierung versuchte damals vergeblich, die Konzessionierung mit gerichtlichen Schritten zu vereiteln. «Es war eine politische Entscheidung», erinnert sich Meacher. «Tony Blair ist sehr für die Atomenergie.» Jetzt hat der Ex- Minister den britischen Rechnungsprüfungshof aufgefordert, die Kosten und Kalkulationen der Mox-Anlage zu überprüfen und zu veröffentlichen. Er nennt die bisher aufgelaufenen Kosten von 472 Millionen Pfund (über eine Milliarde Franken) «eine kolossale Verschwendung». Dazu kommen Kosten wie über 100 Millionen Pfund als Folge der 1999 von BNFL gefälschten Testwerte einer Mox-Lieferung nach Japan, die anschliessend retourniert wurde. Seither wurde nichts von japanischen Mox-Aufträgen bekannt. Die Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK) sendet seit Jahren einen hohen Prozentsatz ihrer verbrauchten Brennelemente nach Sellafield, wo sie in einer der beiden Wiederaufbereitungsanlagen Magnox und Thorp wiederaufbereitet werden. Doch es kam fast nie etwas zurück. Die letzte Mox-Lieferung erfolgte 1995, doch sie kam aus einer inzwischen stillgelegten Pilotanlage. Tony Williams, Leiter der NOK-Abteilung Kernbrennstoffe, erklärt mit englischem Understatement: «Es ist keine ideale Lage.» Als die für 2002 versprochene Mox-Lieferung auf sich warten liess, musste BNFL peinlicherweise bei der belgischen Konkurrenz Ersatz beschaffen. Nicht zuletzt deswegen wies BNFL letztes Jahr einen konsolidierten Verlust von 300 Millionen Pfund aus. Eine Firmensprecherin beteuert, die erste Mox-Lieferung nach Beznau sei in Arbeit und werde nächstes Jahr erfolgen. Man gehe eben «langsam und gemessen» vor, erläutert sie ohne Ironie. Die letzten abgebrannten Uranstäbe aus Beznau sind ohnehin im vergangenen Jahr nach Sellafield geschickt worden. Ab 2005 wird das Schweizer Moratorium für den Export verbrauchter Kernbrennstoffe gelten. Für Regierung und Bevölkerung in Irland ist Sellafield ein Reizwort. Jahrzehntlang hatten die Abwässer der diversen Anlagen die Irische See verseucht. Noch heute liest sich der Emissionsbericht von BNFL, als käme er aus einem Katastrophenfilm. Trotz abnehmenden Werten bleiben die Rückstände von Technetium, Cäsium-137 und Americium in Muscheln erschreckend. Die britische Regierung krebst allmählich zurück. Die Thorp-Anlage wird wohl um 2010 geschlossen, BNFL selbst muss 2005 alle ihre Anlagen an eine Entsorgungs-Holding abgeben und sich in freiem Wettbewerb um Aufträge bemühen. Die geplante Privatisierung ist buchstäblich im nuklearen Abfall stecken geblieben. Denn die Wiederaufbereitung einerseits und die Mox-Produktion andererseits sind - wie schon 2001 vorausgesagt - unwirtschaftlich. Dem Mox-Werk fehlt es an Aufträgen, selbst wenn die Produktionsspannen beseitigt wären. Der Schweizer Auftrag ist winzig im Vergleich zu dem, was das Mox-Werk für einen profitablen Betrieb brauchte.

Europäische Petition

1 Million Unterschriften für den Atomausstieg in Europa

Unter dem Motto „Eine Million Europäer verlangen den Ausstieg aus der Atomenergie“ starteten Organisationen aus ganz Europa am Tschernobyl-Gedenktag (26. April 2004) eine Unterschriftenaktion.

Europaweit sollen 1 Million Unterschriften von Menschen gesammelt werden, um ohne Aufschub die Durchsetzung der folgenden Maßnahmen von den Politikern einzufordern:

- ➔ Stoppen oder verhindern Sie den Neubau von Atomanlagen in Europa!
- ➔ Veranlassen Sie, dass die Europäische Union und jeder Staat der EU, der Atomkraftwerke betreibt, Ausstiegspläne aus der Atomindustrie vorlegt – der Ausstieg soll so schnell wie möglich erfolgen!
- ➔ Setzen Sie sich für ein umfassendes Investitionsprogramm in Richtung Energieeffizienz und Entwicklung von Erneuerbaren Energien ein!
- ➔ Setzen Sie sich für das Auslaufen des wettbewerbsverzerrenden und veralteten Euratom-Vertrages ein! Mit diesem Vertrag werden öffentliche Gelder für die Stützung der Atomindustrie verwendet!

Nur die Umsetzung dieser Maßnahmen ermöglicht uns gleichzeitig gegen die Atomindustrie und gegen die Klimaveränderung zu kämpfen!

Die Unterschriften werden von April 2004 bis April 2005 gesammelt!

Das Ergebnis der Unterschriftenaktion wird medienwirksam veröffentlicht werden.

Weitere Informationen gibt es unter: <http://www.atomstopp.at/1million/>

Name	Adresse	Unterschrift

einsenden an: PSR/IPPNW Schweiz, Klosterberg 23, 4051 Basel oder per Fax 061/271 50 25

In Kürze/en bref

Greenpeace exige des critères d'arrêt clairs pour Beznau 2.

Leibstadt (AG) 14/07/2004. Le réacteur atomique (RA) Beznau 2 de la centrale nucléaire (CN) de Beznau pourrait obtenir une autorisation d'exploitation illimitée, malgré qu'il soit un des plus vieux réacteurs atomiques encore en service. Pour éviter que l'exploitation des CN ne se fasse complètement sans visibilité, Greenpeace exige des critères d'arrêt clairs pour Beznau 2, basés sur des critères techniques clairs, cohérents avec l'état des installations, et contraignants pour les exploitants et les autorités. Depuis sa mise en service en 1971, le RA Beznau 2 n'a eu que des autorisations d'exploitation limitées parce que le refroidissement d'urgence de son cœur et sa protection contre les chutes d'avions, et autres influences externes, comportaient de graves lacunes. Malgré d'importantes mises à niveau, Beznau 2 a un évident déficit en matière de critères de sécurité. Cela a pour effet que ce RA a un risque de fusion accidentelle du cœur 10 fois plus élevé que le RA plus récent de la CN de Gösgen.

Bürgermeister von Hiroshima kritisiert US-Atompolitik. Netzzeitung, 06. Aug 2004 .

Trauernde in Hiroshima. Am Jahrestag des Atombombenabwurfs über Hiroshima hat der Bürgermeister den USA vorgeworfen, ihr Kernwaffenarsenal ausbauen zu wollen. In der japanischen Stadt Hiroshima ist am Freitag der Opfer des Atombombenabwurfs vor 59 Jahren gedacht worden. Bürgermeister Tadatashi Akiba forderte ein weltweites Verbot von Nuklearwaffen bis 2020. Er warf der US-Regierung vor, aus der Geschichte nichts gelernt zu haben. Das Land wolle sein Atomarsenal ausbauen und eine neue Generation von Waffen entwickeln, sagte er bei einer Gedenkfeier für die 160.000 Opfer der Katastrophe vom 6. August 1945. Um 8.15 Uhr, dem Zeitpunkt des Bombenabwurfs, wurde eine Glocke geläutet. Zehntausende Menschen, die in den Friedensgedenk-Park gekommen waren, legten eine Schweigeminute ein. Akiba hielt den USA eine «egozentrische Weltsicht» vor. Sie ignorierten die Vereinten Nationen und internationales Recht, kritisierte er. Bei der Entwicklung neuer Waffen stößt die US-Regierung allerdings auch im eigenen Land auf Widerstand. Das Repräsentantenhaus verweigerte im Juni Finanzmittel für die Entwicklung so genannter Bunkerbrecher und Mini-Atombomben.

Proklamation der Sonnenlandsgemeinde Mehr Lust auf Sonnenenergie

Unter der Sonne der letzten Juliwoche haben Jugendliche aus ganz Europa in Feldis/Veulden erneut den Weg zur nachhaltigen Energieproduktion gezeigt.

Auf einem landwirtschaftlichen Nutzungsgebäude wurde eine Photovoltaikanlage von 310 qm installiert. Die Jugendlichen haben freiwillig und mit Begeisterung gearbeitet. Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) nimmt auf vorbildliche Art und Weise den produzierten Strom zu kostendeckenden Preisen ab.

Immer mehr Elektrizitätswerke haben die Zeichen der Zeit erkannt. Aber noch lange nicht überall bestehen die notwendigen Rahmenbedingungen. In einer Zeit, in der das Auslaufen konventioneller Energiequellen manifest wird, ist nicht einzusehen, weshalb solche Beispiele nicht Schule machen.

Die Vorreiterrolle der Schweiz droht verloren zu gehen. Am meisten Interesse an einer Verbesserung haben heute die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die mit ihrer Kompetenz gerade im Gebiet von Energieeffizienz und nachhaltiger Energieproduktion ein grosses Potenzial unseres Landes darstellen.

Die unterzeichnenden Organisationen, namentlich die schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie SSES, Solarspar Genossenschaft (Stiftung für Klimaschutz), SONNEschweiz, Sun-21, Solarsupport, Solargeneration (Greenpeace) fordern deshalb, entgegen den momentanen Sparübungen, ein grundsätzliches Umdenken von Wirtschaft und Behörden, welches den Energiefragen erste Priorität einräumen muss, um zukünftige Versorgung und globale Stabilität zu sichern.

Feldis, am 1. Aug. 2004

SSES, Solarspar, Stiftung SONNEschweiz, Sun-21, Solarsupport, Solargeneration

Verbrannte Erde

von Manfred Maier

Salina, der grünste und fruchtbarste Archipel der eolischen Inseln wurde von den Griechen Didyme, die Zwillinge genannt. Die Kegel seiner beiden erloschenen Vulkane haben diese Namensgebung vermutlich beeinflusst und sie sind auch heute noch das Wahrzeichen der Insel. Der Maler und Poet Pippo Cafarella wurde auf Salina geboren, sein Werk und sein Denken sind bis heute unwiderruflich mit seiner Heimerde verbunden.

Pippo ist der Besitzer des Hauses in Pollara, in dem Phillipe Noiret im Film „Il Postino“ den chilenischen Dichter Pablo Neruda im Exil spielte und sich mit dem einfachen, etwas einfältigen Mario (gespielt vom unvergesslichen Massimo Troisi) anfreundete.

Der Film erzählt von der Macht der Poesie, ein Mittel welches auch Pippo einsetzt, um seine geliebte Heimerde vor den touristischen Landschaftsfleddern zu beschützen. Zu gross sind die Begehrlichkeiten, welche ein derart paradiesisches Stück Insel auf die Apologeten der Betonfraktion, agierend mit dem Schlagwort „touristische Erschliessung“, ausübt. Alle Kaufangebote lehnt er ab, jeder unnötige Eingriff in die Natur wird von ihm aktiv und entschieden bekämpft. Er weiss noch, wo die letzten Inselmöwen nisten, kennt jede Grotte und Untiefe im omnipräsenten Meer, Pfade gesäumt von uralten Bäumen, intakte Architektur, die mit Kalk, Lavagestein, Kastanienholz und Schilfrohr das Bild der Insel prägt. Bezaubernde Buchten mit kristallklarem Wasser, Grotten für die Boote der Inselbewohner, vor Urzeiten in das Tuffgestein geschlagen, pittoresk verwitterte Felsen entlang der Küste, welche an einen von Wind und Wasser erschaffenen Skulpturenpark denken lassen.

In Malfa, dem zweitgrössten Inselort, hat Pippo sein „magazzino delle terapie“, ein ebenerdiges Atelier, welches 24 Stunden am Tag geöffnet ist, jeder und jede freien Zutritt hat und sich selbst als KünstlerIn fühlen darf. Pippo trotz den örtlichen Carabinieri sowie dem Dorfpfarrer, welche in dem frei zugänglichen „magazzino“ eine sittliche Gefährdung der Dorfjugend sehen. Pippo sieht dies naturgemäss anders und verteidigt seinen Hort der Kreativität gegen alle Anfeindungen bis heute erfolgreich.

Das, zumindest ausserhalb der sommerlichen Hochsaison, noch immer beschauliche, intakte in sich gekehrte Inselleben machen Salina zu einem grossartigen Reiseziel für Ruhesuchende. Für Menschen, welche abseits der grossen Touristenströme den Zauber einer noch weitgehend intakten Landschaft suchen. Dafür kämpft Pippo mit ganzem Herzen. Wer sich seine Werke ansehen möchte oder gar mit dem Gedanken spielt, das Haus „Il Postino“ als Domizil seiner Inselerien zu wählen, findet unter www.pippocafarella.com alle Informationen.

*mi butterò
dalla rupe più alta
per te
aggrappato ad un raggio di luna
ti prenderò al volo
mentre cammini
sull' onda più schiumosa
e
ti poggerò
sulle lucide
nere
elegant
ali del corvo
che ti porterà
sul bianco piedistallo
ti tufo
tornito dal vento
e quando sprofonderò fra le nuvola d'argento
suonerai l'arpa
per incantare naviganti*

*pippo cafarella,
aus "un filo di fumo", edizioni "il gabbiano", 1998*